

Beiträge der Mandatsträger*innen an den Bundesverband



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 27.01.2018
Tagesordnungspunkt: H Haushalt

- 1 Die Bundespartei macht von ihrem durch das Parteiengesetz formulierten und in der
2 Bundessatzung hinterlegten Recht Gebrauch, Mandatsträger*innen-Beiträge von ihren
3 Mandatsträger*innen und Inhaber*innen von Regierungsämtern auf Bundes- und Europaebene
4 zu erheben.
- 5 1. Mandatsträger*innen-Beiträge werden von den Abgeordneten des Deutschen
6 Bundestages und
7 des Europaparlaments, von Mitgliedern der Regierung der Bundesrepublik
8 Deutschland und
9 EU-Kommissar*innen, von Parlamentarischen Staatssekretär*innen und
10 Staatssekretär*innen sowie Präsident*innen und Vizepräsident*innen des
11 Deutschen
12 Bundestages bzw. des EU-Parlamentes erhoben.
- 13 2. Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Mandatsträger*innen-Beiträge sind die
14 jeweiligen Diäten, die Abgeordnetenentschädigungen bzw. Besoldungsbeträge.
- 15 3. Die Höhe des Mandatsträger*innen-Beitrages beträgt grundsätzlich 19% der
16 Bemessungsgrundlage.
- 17 4. Je kindergeld-berechtigendem Kind können 250,00 € pro Monate in Abzug gebracht
18 werden.
- 19 5. Unterhaltsverpflichtungen bzw. tatsächliche Unterhaltsleistungen können ebenfalls
20 abgezogen werden. Darüber entscheidet bei Bundestags-abgeordneten der/die
21 Bundesschatzmeister*in mit einem Mitglied des geschäftsführenden
22 Fraktionsvorstandes,
23 bei Europaabgeordneten der/die Bundesschatzmeister*in mit einer/m Vertreter*in
24 der
25 Europagruppe DIE GRÜNEN. Für andere Beitragsverpflichtete gilt diese
26 Zuständigkeitsregelung entsprechend.
- 27 6. Ist eine beitragspflichtige Person gleichzeitig Mitglied des Bundesvorstandes von
28 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bezieht sie nach der Finanzordnung des
Bundesvorstandes keine
Vergütung von der Partei. Als Ausgleich für die Doppelbelastung werden in diesen
Fällen keine Mandatsträger*innen-Beiträge erhoben.
7. Die endgültige Höhe der abzuführenden Beiträge ergibt sich nach Berücksichtigung
der
Regelungen der Absätze 3) bis 6).
8. Die Erhebung der Beträge nach Absatz 7) erfolgt grundsätzlich durch die
Bundespartei.
Davon ausgenommen sind die Beiträge der Mitglieder des Deutschen Bundestages
(MdB).

- 29 Diese werden von den jeweiligen Landes-verbänden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
erhoben.
- 30 9. Von den Beiträgen der MdB nach Absatz 7), die an die Landesverbände abgeführt
werden,
31 erhält die Bundespartei 73 % pro MdB und Monat. Dies gilt nur für MdBs ohne
32 Regierungsamt.